

Bericht des Regierungsrats an den Landrat

28. Juni 2016

Nr. 2016-463 R-330-24 Bericht zu Entwicklung der Regionen des Kantons Uri (Postulat Toni Epp, Silenen)

I. Ausgangslage

Am 28. Januar 2015 hat Landrat Toni Epp, Silenen, zusammen mit dem Zweitunterzeichner Landrat Peter Tresch, Göschenen, ein Postulat über die regionale Entwicklung des Kantons Uri eingereicht. Die Postulanten ersuchen den Regierungsrat um einen Bericht, der folgende Aspekte behandelt:

1. Veränderung der regionalen Arbeitsplatzsituation (Erstfeld bis Göschenen, Schächental und Isenthal) in den letzten zehn Jahren.
2. Veränderung des Service Public in den oben genannten Regionen während den letzten zehn Jahren.
3. Welche Ziele hat sich der Regierungsrat zur Stärkung dieser Regionen gesetzt?
4. Welche Massnahmen wurden zu diesen Zielen bereits umgesetzt?
5. Was unternimmt der Regierungsrat in Zukunft, dass die noch bestehenden Arbeitsplätze in den Regionen erhalten bleiben?
6. Wie beurteilt der Regierungsrat die Möglichkeit, einer dezentralen Ansiedlung einzelner Verwaltungseinheiten, wie zum Beispiel dies der Bundesrat mit der Eidgenössischen Alkoholverwaltung umgesetzt hat?

In seiner Antwort vom 25. August 2015 erklärte sich der Regierungsrat bereit, die im Postulat aufgeworfenen Punkte und Fragen genauer zu prüfen und in einem Bericht zu beantworten. Der Landrat hat das Postulat entsprechend der Empfehlung des Regierungsrats am 30. September 2015 überwiesen.

II. Antrag

Gestützt auf diese Überlegungen beantragt der Regierungsrat dem Landrat, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Vom Bericht zu Entwicklung der Regionen des Kantons Uri wird Kenntnis genommen.
2. Das Postulat Toni Epp, Silenen, zu Entwicklung der Regionen des Kantons Uri wird als materiell

erledigt abgeschrieben.

Beilage

- Bericht zu Entwicklung der Regionen des Kantons Uri (Postulat Toni Epp, Silenen)

Bericht zum Postulat Toni Epp, Silenen, «Regionale Entwicklung des Kantons Uri»

Inhaltsverzeichnis

1.	Bevölkerungsentwicklung	2
1.1.	Bevölkerungsentwicklung im Kanton Uri und in den Regionen	2
1.2.	Prognose der regionalen Bevölkerungsentwicklung bis 2030	3
2.	Zu den Fragen	3
2.1.	Veränderung der regionalen Arbeitsplatzsituation in den letzten zehn Jahren (Frage 1 Postulat)	4
2.1.1.	Arbeitsplatzsituation in der Region Erstfeld bis Göschenen.....	4
2.1.2.	Arbeitsplatzsituation im Hinteren Schächental und in Isenthal	5
2.2.	Veränderung des Service Public während den letzten zehn Jahren (Frage 2 Postulat).....	5
2.2.1.	Definition von «Service Public»	5
2.2.2.	Beschäftigungsentwicklung im Service Public in den Regionen (exkl. SBB).....	6
2.2.3.	Beschäftigungsentwicklung bei der SBB im Kanton Uri	7
2.3.	Prognose der regionalen Beschäftigtenentwicklung bis 2030.....	8
2.4.	Ziele des Regierungsrats zur Stärkung und Förderung der Regionen (Frage 3 Postulat)	9
2.5.	Laufende und bereits umgesetzte Massnahmen zu den Zielen (Frage 4 Postulat)	12
2.5.1.	Sicherstellung von Arbeitsplätzen im öffentlichen Verkehr	12
2.5.2.	Unterstützung regionaler wertschöpfungsorientierter Infrastrukturen.....	13
2.5.3.	Sicherung und Erhöhung der regionalen Wertschöpfung und Grundversorgung	14
2.6.	Zukünftige Massnahmen zur Sicherung bestehender Arbeitsplätze (Frage 5 Postulat)....	15
2.7.	Möglichkeit einer dezentralen Ansiedlung von Verwaltungseinheiten (Frage 6 Postulat)15	

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1:	Bevölkerungsentwicklung indexiert	2
Abbildung 2:	Regionale Bevölkerungsentwicklung bis 2030	3
Abbildung 3:	Arbeitsplatzsituation in der Region Erstfeld bis Göschenen	4
Abbildung 4:	Arbeitsplatzsituation im Hinteren Schächental und in Isenthal	5
Abbildung 5:	Beschäftigte im Service Public in den Regionen Erstfeld - Göschenen, Hinteres Schächental und Isenthal	6
Abbildung 6:	Beschäftigte bei der SBB AG im Kanton Uri	7
Abbildung 7:	Regionale Beschäftigtenentwicklung bis 2030.....	8

1. Bevölkerungsentwicklung

Nachfolgend wird die Bevölkerungsentwicklung im gesamten Kanton Uri und in den von den Postulaten erwähnten Regionen aufgezeigt. Sie bildet die Basis und einen Vergleichswert für die Entwicklung der Arbeitsplatzsituation und soll zum besseren Verständnis der Ausführungen beitragen.

1.1. Bevölkerungsentwicklung im Kanton Uri und in den Regionen

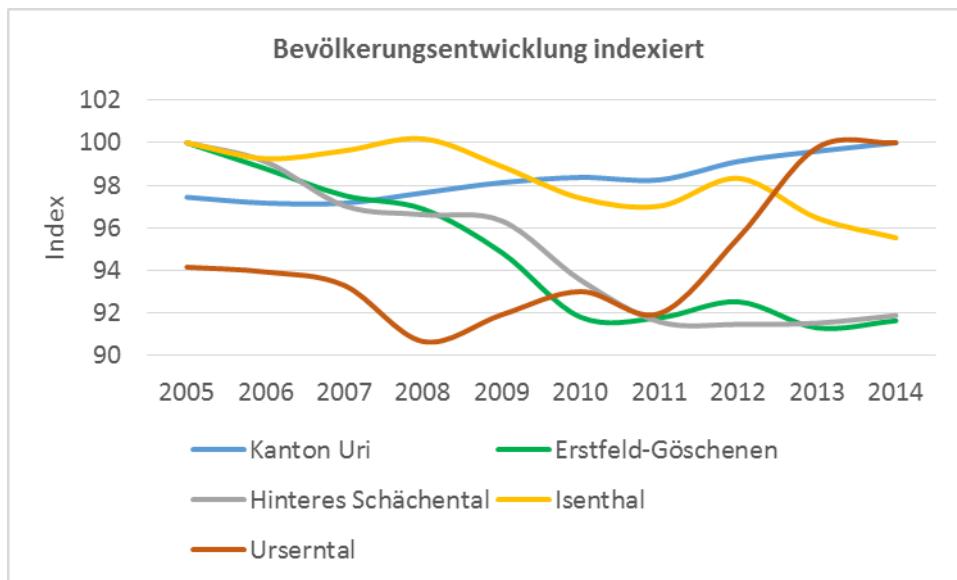


Abbildung 1: Bevölkerungsentwicklung indexiert

Quelle: <http://www.ur.ch/de/themen/themenstatistik>

Abbildung 1 zeigt die indexierte Bevölkerungsentwicklung des gesamten Kantons Uri, der Region Erstfeld bis Göschenen, des Hinteren Schächentals¹ und der Gemeinde Isenthal in den letzten zehn Jahren. Während die Bevölkerung im Kanton Uri gesamthaft zunimmt, sind die betrachteten Regionen von einem Bevölkerungsrückgang betroffen. Der Rückgang in den untersuchten Regionen wird offensichtlich durch eine starke Bevölkerungszunahme in den Zentren überkompensiert.

Erstfeld bis Göschenen: Im Zeitraum 2005 bis 2011 sank die Bevölkerungszahl in der Region Erstfeld bis Göschenen stetig von 4847 auf 4450. Im Jahr 2012 konnte die Region zwar einen Bevölkerungszuwachs von insgesamt zirka 40 Personen verzeichnen. Die Bevölkerungszahl sank aber bis 2014 auf 4'442 Personen, was ungefähr dem Stand von 2011 entspricht.

Hinteres Schächental: Die Bevölkerungszahl im Hinteren Schächental nahm im Betrachtungszeitraum ab. Sie erreichte ihr Minimum 2012 bei einem Stand von 1'545 Personen. Seither ist die Bevölkerungszahl praktisch konstant (geringfügige Zunahme).

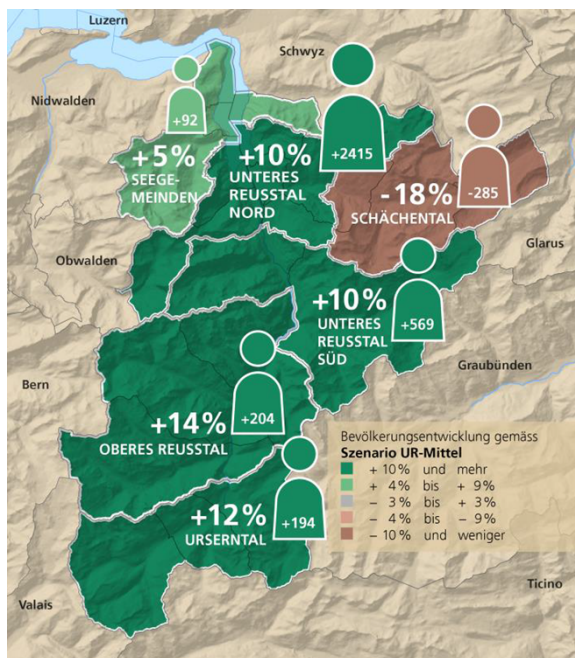
Isenthal: Die Bevölkerungsentwicklung in der Gemeinde Isenthal schwankt relativ stark. Insgesamt ist

¹ Die Ausführungen bilden die Situationen im Hinteren Schächental (Spiringen/Urnerboden, Unterschächen), das heisst, ohne die Gemeinde Bürglen ab. Diese Abgrenzung wurde so auch im Grundlagenbericht vom 17. Juni 2014 zur «Prognose der Bevölkerungs- und Beschäftigtenzahl 2030 und 2040» (Amts für Raumentwicklung (ARE) Kanton Uri / Ernst Basler + Partner) vorgenommen, den der Kanton Uri in Zusammenhang mit der Erarbeitung des Richtplans in Auftrag gegeben. Darauf wird im nachfolgenden Bericht mehrmals verwiesen.

die Entwicklung rückläufig, mit kurzen Erholungsphasen 2008 und 2012. 2014 erreichte die Bevölkerungszahl mit 514 ein vorläufiges Minimum.

Urserntal: Im Zeitraum 2005 bis 2008 sank die Bevölkerung um zirka 60 Personen auf einen Stand von 1'584. Die private Initiative eines externen Investors ermöglichte der seit den 90er Jahren darbedenden Region eine positive Entwicklung, die sich 2009 erstmals auch in der Bevölkerungszahl widerspiegelt. Seither stieg die Bevölkerungszahl, mit Ausnahme eines kleinen Rückgangs im Jahr 2011, deutlich an. 2014 erreichte sie ihr vorzeitiges Maximum von 1'747.

1.2. Prognose der regionale Bevölkerungsentwicklung bis 2030



Während für den Kanton in den nächsten 15 bis 25 Jahren insgesamt ein Bevölkerungswachstum prognostiziert wird, dürfte sich diese Entwicklung unterschiedlich auf die einzelnen Regionen verteilen. Von den Effekten des Tourismusresorts Andermatt (TRA) und des Entwicklungsschwerpunktes Urner Talboden (ESP UT) profitieren grundsätzlich alle Regionen. Ausgehend von den spezifischen Voraussetzungen ergeben sich die folgenden vier Entwicklungsrichtungen für die Regionen und Gemeinden:

Verstärktes Wachstum: Zum einen profitieren wachstumsstarke Gemeinden wie Altdorf, Schattdorf, Erstfeld und Flüelen vom zusätzlichen Zuzug aufgrund der Sonderfaktoren TRA und ESP

UT. Auch für die Seegemeinden ist diese Entwicklung zu erwarten, wenn auch in geringerem

Abbildung 2: Regionale Bevölkerungsentwicklung bis 2030;
Quelle: Kurzbericht Bevölkerung- und Beschäftigtenprognose Kanton Uri, Ernst Basler + Partner

Ausmass.

Trendumkehr: Eine deutliche Trendumkehr kann für die Regionen Urserntal und Oberes Reusstal

erwartet werden. Dank der Sonderfaktoren dürfte die Bevölkerungszahl hier nach Jahren des Rückgangs wieder deutlich steigen. Auch für Silenen ist mit einer Trendwende zu rechnen, wenn auch in deutlich geringerem Ausmass.

Stabilisierung: Attinghausen und Bürglen dürften eine stabile Bevölkerungszahl verzeichnen. In Bürglen wird der Bevölkerungsrückgang durch die Sonderfaktoren deutlich abgeschwächt.

Abgeschwächter Rückgang: In der Region Hinteres Schächental wird der starke Bevölkerungsrückgang der letzten Jahre zwar etwas abgeschwächt, es ist aber auch in Zukunft mit einem Bevölkerungsverlust zu rechnen.

2. Zu den Fragen

In diesem Kapitel werden die im überwiesenen Postulat gestellten Fragen (siehe Kapitel 1.1) beantwortet.

Bei der Interpretation der nachstehenden Grafiken sind folgende Punkte speziell zu beachten:

- Das Bundesamt für Statistik (Bfs) weist aus Datenschutzgründen für die Gemeinde Isenthal

keine arbeitsplatzrelevanten Daten aus , da diese nur kleine Fallzahlen aufweist, was Rückschlüsse auf einzelne Betriebe zulassen würde. Deshalb wird in den anschliessenden Analysen zur Arbeitsplatzsituation und zur Beschäftigungsentwicklung das Hintere Schächental und die Gemeinde Isenthal zu einer Region zusammengefasst, womit eine datenschutzkonforme kritische Grösse erreicht wird.

- Vollzeitäquivalente (VZÄ) werden mithilfe von schweizweit festgelegten Lohnniveaus berechnet, die teilweise von den Lohnniveaus im Kanton Uri abweichen. Aus diesem Grund wird für die Darstellung der Arbeitsplatzsituationen im Kanton Uri nicht die Kennzahl Vollzeitäquivalent verwendet, sondern stets die Anzahl Arbeitsstätten und Beschäftigte.
- Die für die Beantwortung der gestellten Fragen notwendigen statistischen Daten wurden vom BfS erhoben. 2005 und 2008 wurden die Beschäftigtenzahl und die Anzahl Arbeitsstätten noch anhand von Befragungen erfasst, wobei die Zahlen stark abhängig waren von der Rückmeldungsmoral der Befragten. Seit 2011 werden die beiden Kennzahlen mit einer neuen Systematik anhand der AHV-Nummern erhoben, wodurch sich die Zahlenqualität stark verbesserte. Der Methodenwechsel führte jedoch auch dazu, dass die Entwicklungskurven 2011 einen «Bruch» aufweisen. Aus diesem Grund müssen bei der Analyse der Arbeitsplatzsituation die Ergebnisse der Erhebungen 2005 und 2008 mit Vorsicht betrachtet werden. Relevant und aussagekräftig sind die Daten der Jahre 2011 bis 2013.
- Die Daten aus der Betriebszählung 2013 haben noch «provisorischen» Charakter.

2.1. Veränderung der regionalen Arbeitsplatzsituation in den letzten zehn Jahren (Frage 1 Postulat)

2.1.1. Arbeitsplatzsituation in der Region Erstfeld bis Göschenen

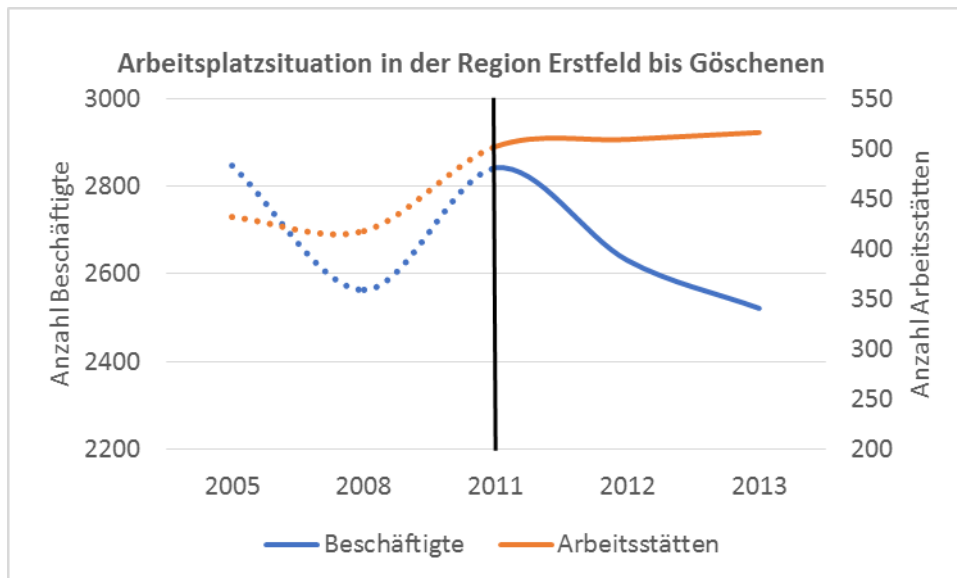


Abbildung 3: Arbeitsplatzsituation in der Region Erstfeld bis Göschenen

Quelle: Bundesamt für Statistik, STATENT

Die Anzahl Arbeitsstätten nahm in den Jahren 2011 bis 2013 in der Region Erstfeld bis Göschenen zu. Insgesamt wurden 14 zusätzliche Arbeitsstätten geschaffen. Mit dem Zuwachs der Arbeitsstätten ging allerdings kein Anstieg der Beschäftigtenanzahl einher. Es muss ein deutlichen Rückgang der 320 Beschäftigten konstatiert werden; 2013 waren in der Region Erstfeld bis Göschenen 2'522 Personen beschäftigt.

Massgeblich beeinflusst wurde die Region in den letzten Jahren vom Bau des Gotthard-Basistunnels (GBT) sowie von der Entstehung des Tourismusresorts Andermatt. Diese beiden Projekte haben zur Gründung von Firmen sowie zu Neuansiedlungen in der Region Erstfeld bis Göschenen geführt. Die neuen Arbeitsstätten sind damit vor allem im Bauhaupt- und -nebengewerbe und im Dienstleistungssektor entstanden. Aufgrund der absehbaren Fertigstellung des GBT wurden in den letzten Jahren aber Arbeitskräfte abgebaut, was sich in einem markanten Rückgang der Beschäftigtenzahlen niederschlägt. Mit dem bevorstehenden Bau der zweiten Röhre des Gotthardstrassentunnels und den Sanierungsmassnahmen bei der bestehenden Röhre dürfte sich die Arbeitsplatzsituation im Oberen Reusstal in den nächsten Jahren wieder erholen.

2.1.2. Arbeitsplatzsituation im Hinteren Schächental und in Isenthal

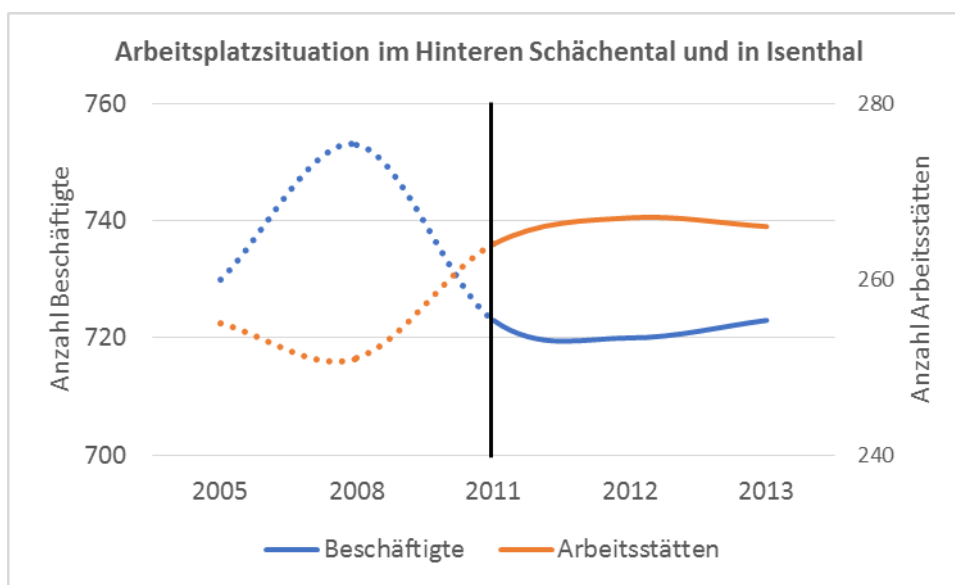


Abbildung 4: Arbeitsplatzsituation im Hinteren Schächental und in Isenthal
Quelle: Bundesamt für Statistik, STATENT

Die Abbildung zeigt, dass in den Jahren 2011 bis 2013 im Hinteren Schächental und im Isenthal in Bezug auf die Arbeitsplatzsituation keine grossen Veränderungen stattgefunden haben. Im Jahr 2011 verzeichnete das Hintere Schächental und die Gemeinde Isenthal zusammen 264 Arbeitsstätten mit insgesamt 723 Beschäftigten. Im Jahr 2013 waren es 266 Arbeitsstätten mit total 723 Beschäftigten. Die Arbeitsplatzsituation erweist sich in dieser Region als stabil.

Die Entwicklung ist wohl auf die vorherrschende Unternehmensstruktur zurückzuführen. Vorherrschend sind Kleinstunternehmen (zirka ein bis zehn Mitarbeiter), die stark in den Regionen verankert sind und einen festen und treuen Kundenstamm aufweisen. Nebst der guten Positionierung hilft die oft sehr hohe Flexibilität den Kleinstunternehmen, im Markt erfolgreich zu bestehen.

2.2. Veränderung des Service Public während den letzten zehn Jahre (Frage 2 Postulat)

2.2.1. Definition von «Service Public»

Gemäss dem Eidgenössischen Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK) ist unter «Service Public» Folgendes zu verstehen:

Service Public umfasst die Grundversorgung mit Infrastrukturgütern und -dienstleistungen, welche für alle Bevölkerungsschichten und Regionen des Landes zu gleichen Bedingungen in guter Qualität und zu angemessenen Preisen zur Verfügung stehen sollen.

Die Zusammenstellung der in diesem Kapitel verwendeten statistischen Daten beruht auf der Definition des UVEK. Die Daten beinhalten daher die Beschäftigtenzahlen folgender NOGA²-Fachbereiche:

- NOGA 35: Energieversorgung;
- NOGA 36 bis 39: Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen;
- NOGA 53: Post-, Kurier- und Expressdienste;
- NOGA 84: Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung;
- NOGA 85: Erziehung und Unterricht.

Bei der Analyse wurde bewusst auf die NOGA-Fachbereiche 50 bis 51 (Schifffahrt und Luftfahrt), 58 bis 60 (Verlagswesen, audiovisuelle Medien und Rundfunk) und 61 (Telekommunikation) verzichtet. Aufgrund des Datenschutzes war das BfS nicht befugt, die Daten zu diesen NOGA-Codes zu veröffentlichen.

² Die NOGA 2008 (Nomenclature Générale des Activités économiques) ist ein grundlegendes Arbeitsinstrument, um statistische Informationen zu strukturieren, zu analysieren und darzustellen. Diese Systematik ermöglicht, die statistischen Einheiten aufgrund ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit zu klassieren und in eine übersichtliche und einheitliche Gruppierung zu bringen (Bundesamt für Statistik).

2.2.2. Beschäftigungsentwicklung im Service Public in den Regionen (exkl. SBB)

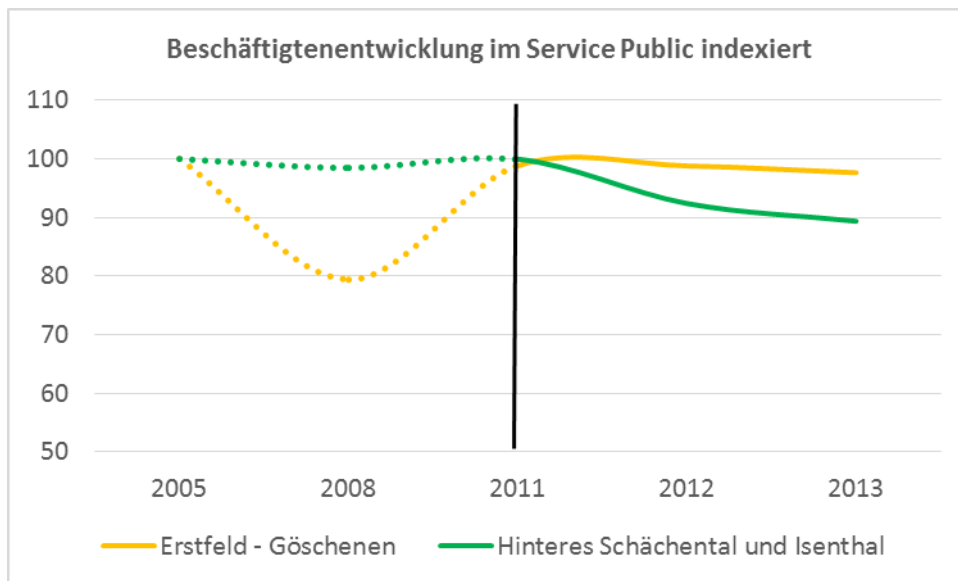


Abbildung 5: Beschäftigte im Service Public in den Regionen Erstfeld - Göschenen, Hinteres Schächental und Isenthal; Quelle: Bundesamt für Statistik, STATENT

Abbildung 5 zeigt die indexierte Beschäftigtenentwicklung im Service Public in den Regionen Erstfeld bis Göschenen, im Hinteren Schächental und in Isenthal. In der Region Erstfeld bis Göschenen verhielt sich die Beschäftigtenzahl im Zeitraum 2011 bis 2013 stabil. 2013 waren insgesamt 336 Personen im Bereich des Service Public tätig. Im Hinteren Schächental und in Isenthal nahm die Beschäftigtenzahl von 2011 bis 2013 leicht ab. Der Service Public beschäftigte 2013 im Hinteren Schächental und in Isenthal total 59 Personen.

Mit der Stabilisierung der Bevölkerungszahlen im Urner Oberland seit 2010 (vgl. Abb. 1) konnten auch die Beschäftigungszahlen im Service Public einigermaßen gehalten werden. Die rückläufige Entwicklung vor 2010 konnte gestoppt werden. Der Zusammenhang zwischen der allgemeinen Bevölkerungsentwicklung und der Beschäftigung im Service Public wird hier offensichtlich. Service Public-Angebote und Dienstleistungen orientieren sich an kritischen Grössen. Wo eine Nachfrage nach Service Public-Leistungen besteht, werden diese i. d. R. auch angeboten bzw. erhalten.

Auch in den Seitentälern zeigt sich diese Abhängigkeit. Die insgesamt sinkenden Bevölkerungszahlen, v. a. im Isenthal, führten auch zu einem Abbau beim Service Public. Die Beschäftigtenzahl sank im Zeitraum 2011 bis 2013 um zirka elf Prozent. Der Rückgang war hauptsächlich in den Bereichen «Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung» und «Erziehung und Unterricht» zu verzeichnen.

2.2.3. Beschäftigungsentwicklung bei der SBB im Kanton Uri

Von besonderem Interesse ist im Kanton Uri die Beschäftigungsentwicklung bei den SBB. Statistisches Zahlenmaterial ist allerdings schwer zu erhalten, weil viele Anstellungen zentral über das Shared Service Center der SBB vollzogen werden und nicht mehr über die unterschiedlichen Anstellungsorte. Mit nachfolgender Grafik kann deshalb nur die Beschäftigtenentwicklung im Kanton

Uri aufgezeigt werden, nicht aber für die einzelnen Regionen.

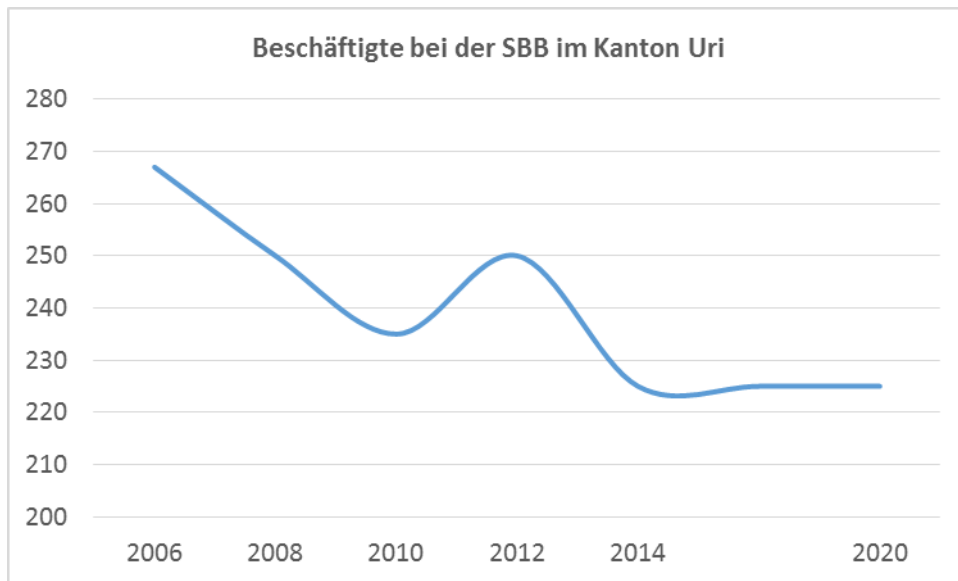


Abbildung 6: Beschäftigte bei der SBB im Kanton Uri

Quelle: Uri in Zahlen

In den letzten zehn Jahren sank die Beschäftigtenzahl bei der SBB im Kanton Uri von 267 im Jahr 2006 auf 225 Personen im Jahr 2014. Es ist anzunehmen, dass sich die Beschäftigtenzahl bei der SBB im Kanton Uri in Zukunft stabilisieren wird.

Der Beschäftigtenabbau ist mehrheitlich auf zwei Ursachen zurückzuführen. Erstens sind mit der Liberalisierung des nationalen und internationalen Güter- und Personenverkehrs heute - im Gegensatz zu früher - diverse Bahnunternehmungen auf der Gotthardachse tätig. Dies führte neben konkreten Abbaumassnahmen beim Personal und auch zu örtlichen Verschiebungen von Beschäftigten mit der Folge, dass Angestellte der SBB ihren Wohnsitz an neue Standorte ausserhalb des Kantons verlegten. Zweitens führten der technische Fortschritt und die Automatisierung zu Personalabbau. Insbesondere der Wegfall der Traktionsleistungen und die schweizweite Konzentration der Rangierleistungen und der Fahrdienstleistungen führten in Erstfeld direkt und indirekt zu Stellenabbau.

Positive Entwicklung in Zukunft

Die SBB AG hat die Planung für die Stellenentwicklung in Erstfeld abgeschlossen: 2015 gab es in Erstfeld 17 Lokführer-Stellen; für 2025 plant die SBB AG mit 20 bis 26 Lokführer-Arbeitsplätzen in Erstfeld. Auch die Personalplanung für den GBT musste auf Basis der neuen Erhaltungskonzepte aktualisiert werden. Für die Erhaltung des GBT werden neu total 138.5 VÄ in Erstfeld und Biasca aufgebaut.

2.3. Prognose der regionalen Beschäftigtenentwicklung bis 2030

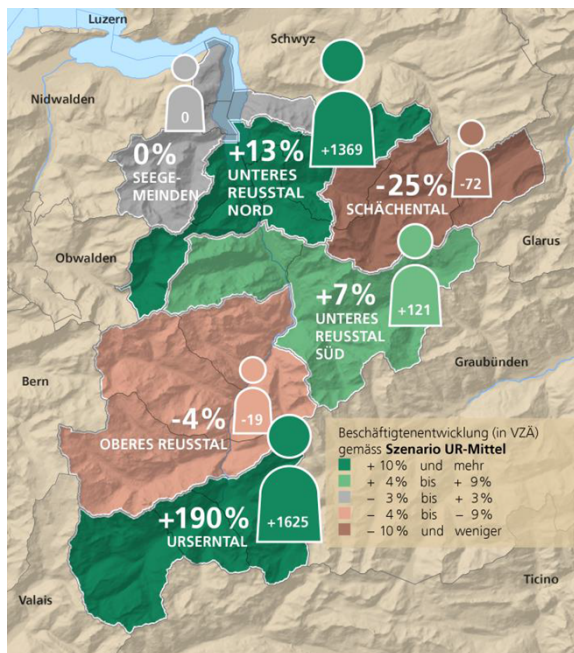


Abbildung 7: Regionale Beschäftigtenentwicklung bis 2030; Quelle: Kurzbericht Bevölkerungs- und Beschäftigtenprognose Kanton Uri, Ernst Basler + Partner AG

Bei der regionalen Betrachtung der Beschäftigungsprognose fällt auf, dass der Zuwachs an Beschäftigten primär im Unteren Reusstal und im Urserntal stattfindet. Der Beschäftigungseffekt der Sonderfaktoren ESP UT und TRA fällt geographisch also deutlich konzentrierter aus, als dies beim Bevölkerungseffekt (siehe Kapitel 2.2) der Fall ist. Während die Sonderfaktoren einen Beschäftigungszuwachs generieren, gehen aufgrund der damit verbundenen

Strukturanpassungen in verschiedenen Regionen auch Arbeitsplätze verloren. Auf der einen Seite wächst die Beschäftigtenzahl trotz Strukturwandel in Altdorf, Erstfeld, Flüelen, Schattdorf und Seedorf weiter. Im Urserntal kehrt der Sonderfaktor TRA den negativen Beschäftigungstrend in ein stark positives Wachstum um. Dies kann in abgeschwächtem Mass auch für Silenen erwartet werden. Auf der anderen Seite stehen Regionen, in denen der Effekt der Sonderfaktoren auf die

Beschäftigtenzahl zwar positiv ist, jedoch die Verluste durch den Strukturwandel nicht vollständig kompensieren kann (z. B. Oberes Reusstal). Im Hinteren Schächental ist sogar eine leichte Verstärkung des Rückgangs in der Beschäftigung zu erwarten. Für die Seegemeinden ist zwar auch mit einem Rückgang der Beschäftigung durch den Strukturwandel zu rechnen, dieser fällt jedoch nur gering aus.

2.4. Ziele des Regierungsrats zur Stärkung und Förderung der Regionen (Frage 3 Postulat)

Regierungsprogramm 2012 bis 2016

Der Regierungsrat erarbeitet alle vier Jahre ein Regierungsprogramm, in dem er seine wichtigsten Ziele und Massnahmen definiert. Im Regierungsprogramm 2012 bis 2016 sind nachfolgende Entwicklungsziele in Bezug auf die Stärkung und Förderung der Regionen genannt:

Uri hat ein starkes Zentrum im Unteren Reusstal, einen hochwertigen, nachhaltigen Tourismus im Urserntal und in den Seegemeinden und nutzt die Chancen in den übrigen Kantonsteilen.

Uri ist ein bevorzugter, sicherer Wohnkanton und attraktiv für die Wirtschaftswelt.

Gestützt auf diese Entwicklungsziele hat der Regierungsrat die dazugehörigen Legislaturziele und Massnahmen abgeleitet:

- Legislaturziel (I): Uri etabliert sich als attraktiver Lebens- und Wirtschaftsraum. Uri nutzt die vielseitigen Potenziale im Tourismus.
- Massnahmen: Wir setzen die Entwicklungsstrategie für die Urner Land- und Alpwirtschaft um. Wir setzen die Programme 2012 bis 2015 zur Neuen Regionalpolitik NRP (Uri und San Gottardo) um und stellen die Weichen für NRP 2016+.
- Legislaturziel (II): Uri bleibt in organisatorischer, gesellschaftlicher, sozialer und kultureller Hinsicht attraktiv.
- Massnahme: Wir setzen uns dafür ein, dass die Grundversorgung (Service Public) nachfrageorientiert gewährleistet ist.
- Legislaturziel (III): Die Zentren im Unteren Reusstal und im Urserntal strahlen auf die übrigen Kantonsgebiete aus. Die Grundlagen sind geschaffen, damit die Wirtschaft auf unsere Qualitäten setzen und die positiven Auswirkungen des Tourismusresorts Andermatt nutzen kann.
- Massnahmen: Wir erwirken im Rahmen des Projekts San Gottardo, dass das Gotthardgebiet verstärkt als zusammenhängender Raum wahrgenommen wird. Wir fördern einen tragfähigen und nachhaltigen Urner Tourismus insbesondere hinsichtlich Marketing und Service Public-Leistungen

Kantonaler Richtplan

Der Regierungsrat hat im Richtplan Zielsetzungen für die räumliche Entwicklung im Kanton Uri definiert, so auch für die von den Postulanten genannten Regionen. Sie werden nachfolgend aufgeführt:

- Die Seitentäler des Kantons wie das Schächental, das Obere Reusstal und die äusseren Seegemeinden werden auf Grundlage ihrer Potenziale (...) gestärkt.
- Der Kanton nutzt die Potenziale der Kultur- und Naturlandschaft und stärkt die touristischen Infrastrukturen.(...) Die Seitentäler (...), das Obere Reusstal (...) und die äusseren Seegemeinden (...) werden in den vorhandenen Potenzialen gefördert, um ihre wichtige Komplementärfunktion zu den anderen Räumen erfüllen zu können.
- Der Kanton Uri orientiert sich bei der Förderung der touristischen Entwicklung an den landwirtschaftlichen und naturräumlichen Voraussetzungen, an den bestehenden Infrastrukturen und den wirtschaftlichen Potenzialen. Er konzentriert sich dabei auf das Tourismusgebiet Urserntal mit dem Zentrum Andermatt, das Tourismusgebiet Urnersee und die naturnahen Tourismusgebiete. Die touristische Infrastruktur wird entsprechend den spezifischen Potenzialen und Eigenheiten der Tourismusgebiete gestärkt.
- Der Kanton legt Entwicklungsschwerpunkte mit unterschiedlichen differenzierten Profilen und Qualitäten fest. (...) Der Kanton bezeichnet folgende Gebiete als Entwicklungsschwerpunkte: (...) Arbeitsplatzgebiet Erstfeld: Entwicklungsschwerpunkt Gewerbe, Arbeitsplatzgebiet Amsteg: Entwicklungsschwerpunkt Gewerbe, (...).

Basierend auf diesen Zielsetzungen hat der Regierungsrat Grundsätze festgelegt, die besagen dass, ... die dezentrale Besiedlung in den Seitentälern in Zukunft erhalten und das Wohnen attraktiv bleiben soll und vom Kanton mit geeigneten Massnahmen, insbesondere in den Bereichen Tourismus und Wohnen, unterstützt wird.

... der Kanton die Eigeninitiative der ansässigen Bevölkerung und Wirtschaft unterstützt.
 ... die Förderung der Seitentäler durch die bestehenden Sektoral- und regionalpolitischen Instrumente, insbesondere im Rahmen des Umsetzungsprogramms zur NRP erfolgt.

Mit diesen Grundsätzen gibt der Kanton die Richtung für die Entwicklung der Regionen im Kanton Uri vor. Der Regierungsrat nutzt dabei auf der Massnahmenebene ein breites Instrumentarium, das er regionen-, themen- und bedarfsspezifisch einsetzt. Von zentraler Bedeutung sind dabei folgende Grundlagen:

Wirtschaftsförderungsgesetz

Mit dem Artikel 1³ des Wirtschaftsförderungsgesetzes (WFG) formuliert der Regierungsrat sein Hauptziel im Rahmen der Arbeitsplatzsicherung. Er unterstützt die Wirtschaftskraft und die Wettbewerbsfähigkeit im gesamten Kanton Uri und versucht damit, eine strukturell und regional ausgeglichene sowie ausgewogene Wirtschaft zu erreichen, wobei der Erhalt und die Sicherung der Arbeitsplätze die Hauptaufgabe darstellt

Neue Regionalpolitik (NRP)

Zusammen mit dem Bund fördert der Kanton Uri im Rahmen der NRP Projekte, Initiativen und Programme, die die Standortvoraussetzungen für unternehmerische Aktivitäten verbessern, die Innovationsfähigkeit, die Wertschöpfung und somit die Wettbewerbsfähigkeit nachhaltig erhöhen und dadurch einen Beitrag zur Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen leisten. Indirekt versucht der Kanton Uri mit der NRP auch, die dezentrale Besiedlung zu erhalten und regionale Disparitäten abzubauen.

Für die Periode 2016 bis 2019 hat der Regierungsrat die notwendigen finanziellen Mittel zur Umsetzung von NRP-Projekten eingestellt, die gemäss dem kantonalen Umsetzungsprogramm⁴ zu Gunsten der Regionen investiert werden sollen. Mit dem Programmziel «Weitere Wertschöpfungssysteme in Bezug auf ihren regionalpolitischen Beitrag fördern» und den Programmzielen im Bereich Tourismus erhalten die Randregionen ein entsprechendes Gewicht im Umsetzungsprogramm des Kantons Uri. Der Regierungsrat will damit explizit zur Stärkung und Förderung der strukturschwächeren Regionen beitragen.

Als Teil des überkantonalen NRP-Programms San Gottardo fördert der Kanton Uri auch Projekte, um einen Beitrag zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und der Erhöhung der Wertschöpfung im Gotthardraum zu leisten. Der Projektperimeter umfasst neben den Regionen in Graubünden (Surselva), im Tessin (Alto Ticino) und im Wallis (Goms) den ganzen Kanton Uri.

Kantonale Agrarpolitik

Sie ist für die regionale Entwicklung, insbesondere des ländlichen Raums, bedeutend, indem sie optimale Rahmenbedingungen für die Urner Landwirtschafts- und Alpbetriebe und damit gute Voraussetzungen für die zukünftige Entwicklung der Land- und Alpwirtschaft schafft. Der Kanton Uri verfolgt in diesem Bereich unter anderem das Ziel, die Wertschöpfung der landwirtschaftlichen

³WFG, Art. 1: «Dieses Gesetz bezweckt, die Wirtschaftskraft und die Wettbewerbsfähigkeit im Kanton zu erhalten, zu entwickeln und zu unterstützen, um so eine ausgeglichene Wirtschaftsentwicklung und eine strukturell und regional ausgewogene Wirtschaft zu erzielen sowie Arbeitsplätze zu erhalten, zu sichern und neue zu schaffen.»

⁴<https://secure.i->

web.ch/dweb/uri/de/verwaltung/publikationen/?action=info&pubid=5039&themenbereich_id=23&thema_id=132

Produktion und die Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe zu steigern.

Der Regierungsrat hat im Jahr 2010 in seinem Bericht und Antrag⁵ an den Landrat betreffend die Motion Franz Stadler vom 15. April 2002 für ein *Konzept zur nachhaltigen Entwicklung und Förderung des Urner Berggebiets mit Massnahmen* seine Strategie zum Umgang mit Räumen mit ungenutzten Potenzialen aufgezeigt und diesbezüglich folgende auch heute noch gültige Entscheide getroffen:

- Der Regierungsrat orientiert sich an den bestehenden Potenzialen und Instrumenten und konzentriert sich auf die Strategie der «Gleichbehandlung», die keine strategische Sonderbehandlung der Räume mit ungenutzten Potenzialen vorsieht.
- Die kommunalen und lokalen Akteure sollen durch ein wirksames Regionalmanagement bei der Realisierung von Projekten unterstützt werden.
- Neben den bisherigen Instrumenten ist kein zusätzliches kantonales Sonderprogramm für periphere Räume im Sinne zusätzlicher Finanzmittel oder Instrumente notwendig.

Der Landrat hat am 24. Februar 2010 vom Synthesebericht «Strategien zum Umgang mit ungenutzten Potenzialen (RuP) im Urner Berggebiet»⁶ Kenntnis genommen und die Motion Franz Stadler als materiell erledigt abgeschlossen.

In diesem Zusammenhang ist zu erwähnen, dass der Regierungsrat die Schaffung eines wirksamen Regionalmanagements, das die kommunalen und regionalen Akteure bei der Realisierung von Projekten unterstützt, umgesetzt hat. Seit dem 1. Januar 2013 übernimmt der Urner Gemeindeverband auf der Basis einer Leistungsvereinbarung mit der Volkswirtschaftsdirektion Aufgaben des Regionalmanagements in den Bereichen Projektinitiierung, -unterstützung und -beratung. Die Gemeinden erhalten so einen direkten Ansprechpartner bei Fragen der kommunalen und regionalen Entwicklung. Per 1. Juli 2016 wird das Regionalmanagement mit einer touristischen Fachperson erweitert, die auch bei kommunalen und regionalen Tourismusanliegen beratend und unterstützend zur Verfügung steht. Der Regierungsrat stellt für diese Dienstleistungen zugunsten der regionalen Akteure im Rahmen der NRP zwischen 50'000 und 100'000 Franken jährlich zur Verfügung.

Zusammengefasst verfolgt der Regierungsrat die nachfolgenden Ziele zur Förderung und Stärkung der peripheren Regionen:

- 1) Die peripheren Regionen entwickeln sich nachhaltig entlang ihrer landschaftlichen und kulturellen Voraussetzungen und nutzen ihre Einzigartigkeit und Stärken. Sie achten auf einen schonenden Umgang mit den natürlichen Ressourcen.
- 2) Der Kanton hilft den Regionen, den Strukturwandel zu bewältigen und als Wohnort attraktiv zu bleiben.
- 3) Die regionalen Akteure sind zuständig für die Stärkung der Region. Der Kanton Uri unterstützt Projektvorhaben und Initiativen subsidiär im Rahmen seiner bestehenden Förder- und Finanzmöglichkeiten, sofern sie mit den kantonalen Strategien konsistent sind.
- 4) Der Regierungsrat unterstützt die regionale Entwicklung, indem er ein offenes Ohr hat und sich für die Anliegen der Regionen im Austausch mit Partnern einsetzt.

⁵ <http://www.ur.ch/dl.php/de/50057ecfccb86/03.pdf>

⁶ <http://www.ur.ch/dl.php/de/50057f802db4d/04.pdf>

2.5. Laufende und bereits umgesetzte Massnahmen zu den Zielen (Frage 4 Postulat)

Vorbemerkung:

Der Regierungsrat ist in einem stetigen und engen Austausch mit seinen regionalen Partnern und bestrebt, allfällige Frage- und Problemstellungen früh zu erkennen, sie nachhaltig anzugehen und passende Lösungen im Rahmen seiner Möglichkeiten zu finden. Er vertritt regionalpolitisch wichtige Anliegen auf nationaler und kantonaler Ebene, im Besonderen im Bereich des Service Public (z. B. Grundversorgung, öffentlicher Verkehr), bringt sich in Arbeitsgruppen ein oder agiert vermittelnd oder vernetzend zum Nutzen der Regionen.

Um die Ziele zur Stärkung und Förderung der peripheren Regionen zu erreichen, hat der Regierungsrat in der Vergangenheit bereits eine Vielzahl von Massnahmen und Projekten umgesetzt bzw. unterstützt. Nachfolgende Auswahl soll beispielhaft aufzeigen, wie er das im konkreten Fall tut:

2.5.1. Sicherstellung von Arbeitsplätzen im öffentlichen Verkehr

Arbeitsplatzerhalt Bahnpersonal:

Der Regierungsrat hat sich in den letzten zehn Jahren intensiv dafür eingesetzt, dem Stellenabbau bei der SBB entgegenzuwirken bzw. bisherige Arbeitsplätze im Kanton zu erhalten und neue zu schaffen. Durch den intensiven Austausch zwischen dem Regierungsrat und der SBB wurde letztlich das Interventionszentrum Zugkontroll-Einrichtungen (IZ-ZKE) in Erstfeld geschaffen, was Arbeitsplätze sicherte und neue generierte. Im Weiteren konnte nebst Biasca auch ein neues Erhaltungs- und Interventionszentrum (EIZ) für den Gotthard-Basistunnel in Erstfeld aufgebaut werden. Im Endzustand werden für die Erhaltung und Intervention zirka 150 Personen in 27 verschiedenen Funktionen beschäftigt, rund 50 Stellen wurden dabei neu in Erstfeld geschaffen. Im Rahmen einer von der Volkswirtschaftsdirektion initiierten Arbeitsgruppe konnte ebenfalls ein neuer Lokpersonalstandort Personenverkehr im Dezember 2014 in Erstfeld eröffnet werden, der zusätzlich 17 Urner Arbeitsplätze generierte. Dieser soll mit den zukünftigen zu erwartenden Personenleistungen auf der Nord-Süd-Achse weiter ausgebaut werden. Im Zusammenhang mit dem Abbau von BLS-Lokpersonal hat sich der Regierungsrat auch für einen möglichst sozialverträglichen Stellenabbau eingesetzt.

2.5.2. Unterstützung regionaler wertschöpfungsorientierter Infrastrukturen

Alpkäserei Urnerboden:

Vor dem Hintergrund der Liberalisierung des Milchmarktes und der steigenden Transportkosten erstellte die Alpsennengenossenschaft Urnerboden eine zentrale Alpkäserei auf dem Urnerboden, um Wertschöpfung vor Ort zu generieren und dem Preiszerfall entgegen zu wirken. Die Alpkäserei sichert den Äplern auf dem Urnerboden das Einkommen aus der Kuhalpfung und deren Milchproduktion nachhaltig. Für den Betrieb der Käserei wurden 310 Stellenprozentente geschaffen. Heute gehört der Käse aus der Alpkäserei Urnerboden zum Angebot der Grossverteiler. Als beratendes Mitglied der Arbeitsgruppen wurde ein Vertreter des Landwirtschaftlichen Beratungsdienstes Uri der Projektträgerschaft zur Verfügung gestellt. Nebst dieser personellen Ressource hat der Kanton Uri mit einem finanziellen Beitrag das Projekt massgeblich mitunterstützt.

Langlaufzentrum Unterschächen:

Mit einer finanziellen Unterstützung über die NRP konnte der Regierungsrat 2015 einen wesentlichen Beitrag an das neue Langlaufzentrum in Unterschächen und damit zur Entwicklung und Aufwertung eines peripheren ländlichen Raums leisten. Unterschächen kann dadurch sein natürliches Potenzial als schneesichere und topographisch interessante Langlaufregion in guter Erreichbarkeit zu den regionalen und überregionalen Zentren nutzen. Es werden Teile der regionalen Wirtschaft des Schächentals gestärkt, höhere Frequenzen auf den öV-Linien generiert und die lokale Infrastruktur verbessert. Unterschächen bzw. das Schächental kann sich durch das neue Langlaufzentrum über die Region hinaus als attraktiver Standort für den Langlaufsport klar positionieren. Das Langlaufzentrum ermöglicht dem Schächental auch, seine Attraktivität für den Übernachtungstourismus zu steigern. Davon profitieren in erster Linie Gastronomie- und Beherbergungsbetriebe sowie die Parahotellerie, aber auch der Detailhandel oder die Sportgeschäfte.

Erschliessung Zeughausareal und Gewerbegebiet Butzen, Amsteg (Gemeinde Gurtnellen):

Der Regierungsrat hat der Gemeinde Gurtnellen 2009 und 2011 Beiträge an die Erschliessung der Gewerbegebiete Zeughausareal und Butzen gewährt. Damit konnten die Zufahrtsmöglichkeiten für die bestehenden und künftigen Betriebe massgeblich verbessert werden. Die Gemeinde Gurtnellen konnte sich so als attraktive Standortgemeinde für Industrie- und Gewerbebetriebe positionieren. Indirekt wurde durch diese Unterstützung auch der Entwicklungsschwerpunkt «Arbeitsplatzgebiet Amsteg» aufgewertet, der für das Urner Oberland von zentraler wirtschaftlicher Bedeutung ist.

Tunnelfenster Amsteg:

Nach der Eröffnung des Gotthard-Basistunnels (GBT) erfolgt der Rückbau des Infocenters in Erstfeld. Das Publikumsmagnet GBT soll durch die Neugestaltung des Angebots Tunnelfenster Amsteg auch nach dem Bau aufrechterhalten bleiben. Der Regierungsrat unterstützt dieses Projekt finanziell, weil er sich dadurch einen vielseitigen touristischen Nutzen verspricht: Zum einen stellt das Tunnelfenster ein einzigartiges touristisches Angebot dar, aus dem zusätzliche Wertschöpfung resultiert und die Attraktivität des Lebensraums Gotthard dank neuen Nebenerwerbsmöglichkeiten und Arbeitsplätzen gesteigert wird. Zum andern können bereits bestehende Tourismusaktivitäten mit dem neuen Angebot verknüpft werden, wodurch wertvolle Synergien entstehen. Zusätzlich wird das Angebot in den Swiss Railpark /St. Gotthard integriert, was dem Angebot und somit auch der Region weiteren Aufschwung verleiht.

Wanderwege und Erlebnispfade:

Wanderwege und Erlebnispfade wie der Gottardo-Wanderweg (Oberes Reusstal), die Via Suworow (Schächental) oder die geplante Via Urschweiz (Isenthal) haben ein Wertschöpfungspotenzial für die ländlichen Regionen und fördern dort den sanften Tourismus. Von solchen Infrastrukturen profitieren Seilbahnen, die Gastronomie, die Parahotellerie oder Dorfläden. Der Regierungsrat hilft bei der Finanzierung solcher Infrastrukturen, um die Regionen bei der Nutzung und Ausschöpfung ihrer Potenziale zu unterstützen.

Bergheimatschule Gurtnellen

Im Jahr 1996 schloss die Bergheimatschule Gurtnellen, an der bis dahin Bäuerinnen ausgebildet wurden. Die Schliessung wurde notwendig, weil die Nachfrage stark zurückging und sich das Kloster

Ingenbohl, das die Leitung und einen Grossteil der Lehrpersonen stellte, aus personellen Gründen zurückzog. Am 26. Juni 2013 reichte Landrätin Frieda Steffen, Andermatt, eine Parlamentarische Empfehlung ein. Darin wurde der Regierungsrat eingeladen, in den Räumlichkeiten der Bergheimatschule Gurnellen wieder angehende Bäuerinnen und bäuerliche Haushaltleiter ausbilden zu lassen. Ausgangspunkt für die Parlamentarische Empfehlung war der Umstand, dass die Gebäulichkeiten der ehemaligen Bergheimatschule in Gurnellen leer standen und gleichzeitig eine grosse Nachfrage für die Ausbildung zur Bäuerin feststellbar war. Am 26. August 2015 bewilligte der Landrat auf Antrag des Regierungsrats den notwendigen Kredit, damit an der Bergheimatschule in Gurnellen wieder Ausbildungen zur Bäuerin bzw. zum bäuerlichen Haushaltleiter mit Fachausweis angeboten werden können. Nachdem die Minimalzahl von zwölf Interessentinnen innert kurzer Zeit erreicht wurde, konnte am 4. Januar 2016 mit dem ersten Kurs begonnen werden.

2.5.3. Sicherung und Erhöhung der regionalen Wertschöpfung und Grundversorgung

Seilbahnförderung:

Seilbahnen haben für den Kanton Uri eine besondere Bedeutung. Dieser Bedeutung ist aus wirtschaftlicher und regionalpolitischer Sicht Rechnung zu tragen. Mit der neuen Seilbahnförderstrategie sowie der bestehenden Kantonalen Landwirtschaftsverordnung kommt der Regierungsrat seinem politischen Auftrag zur Stärkung des Urner Tourismus und zur Erschliessung von Bergregionen nach. Mit der Bereitstellung von finanziellen Mitteln unterstützt er die Seilbahnen bei der Bewältigung ihrer Investitionen und bei ihrer zukunftsgerichteten Entwicklung. Die Gemeinden und Regionen profitieren davon nachhaltig und in vielerlei Hinsicht: wirtschaftlich durch die Entwicklung des Tourismus, ökologisch durch die umweltgerechte Bewirtschaftung von landwirtschaftlichen Bergbetrieben und sozial durch die Stärkung und Erhaltung der dezentralen Besiedlung.

Stärkung von Gemeindefunktionen:

Mit dem Projekt «Das Dienstleistungszentrum als Dorfmittelpunkt» sollen zukunftsfähige Konzepte für den Erhalt von Nahversorgungs-, Dienstleistungs- und Treffpunktfunktionen von zentrumsfernen Gemeinden erarbeitet werden. Der Regierungsrat unterstützt diese Initiative der Gemeinden Silenen und Bauen mit Mitteln der NRP. Die Resultate des Projekts sollen auch für andere Urner Gemeinden mit ähnlichen Strukturproblemen dienlich sein.

Abbau von regionalen Ungleichheiten

2008 hat der Regierungsrat das Projekt Schulnetz Uri unterstützt. Er verfolgte dabei die Absicht, dass durch eine gemeinsame technische Lernplattform alle Schulkinder und Lehrpersonen des Kantons Uri Zugang zu den aktuellsten Lernprogrammen und -inhalten erhalten, unabhängig von geografischen oder regionalen Voraussetzungen. Diese Massnahme steht exemplarisch für den Willen des Regierungsrats, regionale Disparitäten abzubauen, die (pädagogische) Grundversorgung zu fördern, Zusammenarbeitsformen zu festigen und die Lebensqualität und Bevölkerungsstruktur auch in zentrumsfernen Regionen zu stärken.

2.6. Zukünftige Massnahmen zur Sicherung bestehender Arbeitsplätze (Frage 5 Postulat)

Aufgrund der gesetzlichen Grundlagen zur Förderung und Stärkung der Urner Wirtschaft (Wirtschaftsförderungsgesetz, Neue Regionalpolitik, Tourismusgesetz usw.) ist es eine laufende

Aufgabe des Kantons, die Wirtschaftskraft im ganzen Kantonsgebiet zu erhöhen, bestehende Arbeitsplätze zu sichern wie auch neue zu schaffen. Dazu wendet er auch in Zukunft das dafür bereitstehende Instrumentarium in allen Kantonsteilen an. Eine strategische Sonderbehandlung bzw. ein spezielles Förderprogramm für ländliche Räume wie das Obere Reusstal, das Schächental oder das Isenthal sind jedoch nicht vorgesehen. Der Regierungsrat ist sich jedoch bewusst, dass die ländlichen Räume nach der Definition des Postulats mit speziellen Herausforderungen zu kämpfen haben. Deshalb ist er bei der Anwendung der Förderinstrumente und bei der Umsetzung der gesetzlichen Grundlagen darauf bedacht, dass deren Wirkung gerade auch in diesen Regionen zum Tragen kommt. Die aufgezeigten Mittel, Instrumente und Massnahmen verdeutlichen, dass der Regierungsrat sich diesbezüglich engagiert.

Auf nationaler Ebene pflegen der Regierungsrat und die Verwaltung auch weiterhin ihren ständigen Austausch mit den wichtigsten Gesprächspartnern des Service Public auf politischer Ebene oder direkt mit den entsprechenden operativen Führungsverantwortlichen der Anbieter oder Dienstleister (SBB, Post, Swisscom, armasuisse usw.). Sie vertreten dabei die Interessen des Kantons und insbesondere auch der Regionen mit dem Ziel, die Arbeitsplätze im Service Public-Bereich nicht nur in den Zentren, sondern auch in den ländlichen Regionen und Seitentälern zu erhalten und damit auch die dezentrale Besiedlung innerhalb des Kantons zu unterstützen.

2.7. Möglichkeit einer dezentralen Ansiedlung von Verwaltungseinheiten (Frage 6 Postulat)

Im Zusammenhang mit den Abklärungen zur Unterbringung der Kantonalen Verwaltung wurden in den Jahren 2009 und 2010 diverse Abklärungen getroffen und Berichte erstellt, welche die Entscheidungsgrundlagen für die Regierung bildeten.

Im Bericht «Konzentration der Kantonalen Verwaltung» vom 15. Juni 2009 und deren Nutzwertanalyse wurde aufgezeigt, dass die Konzentration der Kantonalen Verwaltung in der Brickermatte aufgrund der räumlichen Synergienutzung gegenüber einer Unterbringung an mehreren Standorten (in Altdorf) zu bevorzugen ist. In einem weiteren Bericht «Zentralisierung der Kantonalen Verwaltung» der Livit AG, Real Estate Management, Luzern, vom 28. September 2008 wurde der Nutzen einer Zentralisierung in der Brickermatte unter anderem durch folgende Punkte verdeutlicht:

- Betriebliche Infrastrukturkosten sinken durch den Wegfall dezentraler Strukturen
- Senkung der Bewirtschaftungs- und Unterhaltskosten
- Optimierung von Abläufen und Synergien innerhalb der Verwaltungsorganisation
- Einfache, direkte Kommunikationswege
- Bessere Auffindbarkeit für ausserkantonale Kunden oder Bewohner aus den Randregionen
- Alle Dienstleistungen an einem Ort
- Optimale Verkehrslage (Erschliessung und Distanzen), gute Anbindung an den öffentlichen Verkehr (Bushaltestellen, Busfrequenz)
- Parkplatzangebot
- usw.

Mit der Festlegung der Raumstandards für die kantonale Verwaltung und der Umsetzung der Verdichtungsmassnahmen in den Jahren 2011 und 2012 konnten die angestrebte Konzentration der

Verwaltung in die Klausenstrasse 2 und 4 geschaffen werden und anschliessend Mietverträge gekündigt und eigene Liegenschaften verkauft werden. Eine dezentrale Ansiedlung einzelner Verwaltungseinheiten wäre allenfalls möglich, würde jedoch nicht der angestrebten Strategie der Regierung aus den Jahren 2009 und 2010 entsprechen.